

# **CORONA - Krisenzusammenhänge, Hintergründe, Widersprüche, Aktionsorientierung**

**Ein Versuch (abseits eines virologischen „Experten“streits) , das aktuell hierzu politisch Wesentliche zusammenzustellen, von Günter Küsters**

## **1. Die ökonomische Mehrfach-Krise mit Corona als Auslöser und Verstärker (auch nun in Form einer globalen Lieferkettenkrise)**

Vom gegenwärtigen, zunehmend ökonomischen (Kapitalismus-) Notstand ausgehend, ist die Corona-Pandemie nicht die Ursache sondern der Auslöser und Verstärker der Krise. Mit ihren Lockdowns und den Maßnahmen sozialer Distanzierung ist sie die erste „globale Lieferkettenkrise“, wobei die Folgen dieser multiplen Krise Gesellschaft, Politik und Ökonomie über weitere Jahre bestimmen werden.

Nach der letzten Finanzkrise wurde die Übermacht der Finanzmärkte bzgl. zu geringer vorheriger Bankenregulierungen angeblich eingegrenzt. Dies geschah nachdem bereits vorher die reale Wirtschaft immer stärker abgesackt war und geringes Wachstum nur noch über Exportüberschüsse die Industriekapazitäten auslastete. Aber der dortige Profitrückgang reizte Investoren zur einer umgelenkten Explosion fiktiver Finanztitel. Aktienvolumina auf „reale Werte“ verdoppelten sich in der Zeit von 2000-2007 während reine Wetten auf künftige Entwicklungen (Derivate) auf fast das Zehnfache anstiegen. Im Vierteljahrhundert von 1980 bis 2007 war global das BIP laut Huffschmid um den Faktor 5, das Finanzvermögen aber um den Faktor 16 gestiegen.

Aber unter der weiteren, neoliberalen Globalisierung mit rapide steigender Einkommens- und Vermögensungleichheit verdienten auch nach der letzten Finanzkrise die Regulierungsmaßnahmen den Namen nicht. Die Banken und Vermögensverwalter konnten an allen strategischen Punkten des Geldverkehrs dennoch diesen bestimmen: bei den Kreditnehmern wie -gebern sowie den Gütesiegel-Vergebern (wie insbesondere Ratingagenturen). Weit unreguliert positionierten sich neue, global agierende Finanzakteure wie z.B. BlackRock als führende und IT-perfektionierte Kapitalorganisation (siehe deren Alladin-Rechnernetzwerk) mit dort investierten Vermögensteilen von mittlerweile nahezu 9 Billionen Dollar. Von Billigskrediten begünstigt, konnte auch nunmehr gegenüber weniger rentablen, traditionellen Modernisierungs- wie Rationalisierungsinvestitionen im großen Stil und unter zentralen Verfügung fusioniert und vielfach automatisiert spekuliert werden.

Weniger spekulativ aber dennoch lukrativ wurde im Bereich gesellschaftlicher Grundversorgung (vorher staatlich, oft kommunal, aber finanziell unterversorgt ) nahezu alles zur Ware : Gesundheit, soziale Sicherheit, Bildung, Wohnen, Massenmedien und Demokratie. Ziel von Investitionen wurde der kurzfristig realisierte Maximalprofit, die materielle Wertschöpfung ist mittlerweile zweitrangig, wenn nicht bedeutungslos, wobei die soziale Ungleichheit unter der schnell wachsenden Vermögenskonzentration immer krassere Formen annimmt.

Zum Vorteil auch der globalen Kapital- und Finanzzentren war im Bereich der imperialistischen Restrukturierung der realen Produktion die Ausnutzung globaler Lohnunterschiede sowie der

Superausbeutung der Lohnarbeiter des Globalen Südens eine neue Entwicklung in Gang gesetzt. Unter Inkaufnahme der bewussten Verschmutzung ihrer lokalen Umwelt, ermöglichten multinationale Konzerne unter gleichzeitiger Einführung fortschrittlichster Technologien eine Fremdfertigung von Exportplattformen im globalen Südens bei zugleich hoher Produktivität. Es entwickelte sich somit ein integriertes globales System der Ausbeutung, wobei die Lohnunterschiede zwischen dem Globalen Norden und dem Globalen Süden über internationale Konzerne größer sind als die Produktivitätsdifferenzen. Über die somit niedrigen Lohnstückkosten in den Ländern des Südens konnte die dortige, enorme Mehrwertmasse als Wertschöpfung bei der Bruttoinlandsproduktrechnung jedoch im Norden verbucht werden.

Begünstigt durch revolutionäre Entwicklungen im Transport- und Kommunikationsbereich haben sich aus Arbeitswert-Ketten zugleich Waren- wie Lieferketten in einer Welt voller just-in-time Produktion herausgebildet, was unter Verhältnissen reibungsloser Vernetzung eine kostensenkende Reduzierung von Lagervorräten ermöglichte.

Bei der Suche nach Maximalprofit kam es neben der niedrigen Lohnstückkosten in der industriellen Fremdfertigung auch zum Aufkauf wie Nutzung von billigstem Land via Landgrabbing im Globalen Süden. Über solche stabilen Sachwerte mit einer hohen Bodenrente (der Wert eines Landes im Hinblick auf das, was auf ihm produziert werden kann) erzielten Investoren oft innerhalb privater Vermögensfonds auf zusammengefassten Großflächen einen noch größeren Profit mittels Verteilung der Produktionslinien über die ganze Welt. Die entstandene Agrarindustrie mit rascher Abholzung und Zerstörung von Ökosystemen konnte auch auf der Grundlage von riesigen Futterressourcen und genetischen Monokulturen Vieh zu einer globalisierten Ware machen. Diese globale, industrialisierte Landwirtschaft erweist sich zusehens als Hot-Spot von Pandemien, die sich entlang der globalen Lieferketten innerhalb einer einzigen Warenkette schnell ausbreiten können.

Von Finanzakteuren gefördert, entwickelte sich parallel mit wachsender Systemrelevanz ein digitaler Kapitalismus. Dieser konzentriert sich insbesondere in den fünf „apokalyptischen Reitern des Internets“ wie Google, Apple, Microsoft, Facebook und Amazon aber jüngst auch in aufsteigende Unternehmen der digitalen Plattform-Ökonomie vom Typ Uber, FlixBus, Deliveroo... Oft haben diese Unternehmen nur eine geringere Anzahl von Beschäftigten ohne stabile Vollzeitbeschäftigung, mit prekärer, schlecht bezahlter Arbeit, allseitig und allzeitig verfügbar und unter verschwommener Unterscheidung zwischen Arbeit und Freizeit betrieben (z.B. hatte Whatsapp nur 55 Mitarbeiter als es von Facebook für 19 Milliarden US-Dollar, Instagram nur 13 als es für 1 Mrd. US-Dollar übernommen wurde). In ihrer globalen Reichweite und großen Profitanhäufung sind sie an der Börse oft finanziell besonders erfolgreich bewertet. Ende August 2020 explodierte insbesondere der Apple-Börsenwert auf mittlerweile 2 Billionen Dollar, eine Verdoppelung innerhalb der letzten 2 Jahre. Dies ist ein Indikator für die extrem hohen Bewertungen von Tech-Unternehmen im Allgemeinen aber auch eines Anlagedrucks der riesigen Geldvermögen auf den Finanzmärkten, begünstigt vom billigen Notenbankgeld.

Kurz vor Corona-Zeiten war es 2019 global zu einem konjunkturellen Rückgang gekommen. Dieser war verbunden mit Strukturkrisen wie der Energiewirtschaft, der Automobilindustrie und anderen im Kontext der Klimakrise. Diese Erscheinungen verbanden sich mit der ungelösten Finanzkrise, für die steigende Verschuldung, Zinsen nahe Null und Finanzialisierung (Machtverschiebung von der Realwirtschaft zum Finanzsektor) stehen.

Zu dieser Zeit wurde auch zusehens immer stärker klar, dass die, in Spekulationsfiebern hochgeputzten Finanztitel sich nicht würden realisieren lassen. März 2020 kommt es zum tiefsten Börsen-Absturz seit der Großen Depression 1930: Binnen Tagen verloren die Aktien fast ein Drittel ihres Wertes. Die Realwirtschaft stürzt doppelt so tief wie 2008/2009, da die Prognosen des ifo-Instituts im März 2020 von plus 2,0 auf minus 20,8, also um 22,8 Punkte abstürzten (im Unterschied zu 13,3, Punkten 2008).

Kurz darauf wird die Pandemie zu einem zusätzlichen Krisenfaktor von erheblicher Dimension, mit ökonomischen Folgen. Die Effekte des Lockdowns und der Maßnahmen der sozialen Distanzierung mit der Folge der (zeitweiligen) Schließung der Produktion in globalen Schlüsselsektoren haben weltweit die Versorgungs- und Wertschöpfungsketten erschüttert. Wie vorhin angesprochen, sind die Großunternehmen aktuell mit Warenketten konfrontiert, in denen viele Glieder der Kette in ihrer globalen Komplexität unsichtbar sind und wo - national etwas unterschiedlich im Lockdown - die Ketten international an zahlreichen Stellen gleichzeitig reißen.

Die meisten Firmen haben in dieser „Metamorphosenreihe“ (nach Marx , Das Kapital, MEW 24, S. 62) von Produktion, Distribution und Konsumption keinen Notfallplan, wobei zehntausende von Zulieferer in den Ketten erklärten, dass sie aufgrund der außerordentlichen Ereignisse nicht in der Lage sein würden, ihre Verträge (wenn auch z.T. nur nicht fristgemäß) zu erfüllen. Somit weiß momentan niemand, wie sich all dies in der gegenwärtigen, multiplen Krise auswirken wird. Möglicherweise droht bei der globalen Lieferkettenkrise der finanzielle Zusammenbruch einer Weltwirtschaft , die nach wie vor schon durch Stagnation, Verschuldung und Finanzialisierung gekennzeichnet ist: Über die sogenannte Supply-Chain Finanzierung, die es Unternehmen ermöglicht über Bankfinanzierungen Zahlungen an Lieferanten aufzuschieben, und die den Verkauf damit verbundener, kurzfristiger Schuldverschreibungen ermöglicht, könnte bei einer Unterbrechung der Warenketten selbst ein weiterer, explosiver Krisenmodus in Gang gesetzt werden.

Ideologisch und im Sinne einer Eindämmung wie Spaltung eines steigenden politischen Protestpotentials wird bei der Erklärungsverengung einer alleinigen Corona-Krise und damit ihrer Leugnung als Teil einer Mehrfachkrise des Kapitalismus die Ursache der gegenwärtigen Krise verschleiert und medial in eher herrschaftlich gewünschter Art dargestellt. Mit der Verengung auf einer Bezeichnung wie Corona-Krise wird letztendlich suggeriert, dass die gegenwärtige Wirtschaftskrise allein auf einen außerhalb ökonomischer Zusammenhänge entstandenen Schock – ein Virus, das von Wildtieren auf Menschen übertragen wurde – zurückzuführen sei. Die von der gegenwärtigen Pandemie verursachte, besondere Tiefe des Einbruchs der Weltwirtschaft soll vergessen lassen, dass alle Zutaten sowohl einer zyklischen wie einer Finanzkrise längst vorhanden waren. Das produzierende Gewerbe kämpft schon seit gut zwei Jahren mit rückläufiger Produktion und sank bis Ende des vorigen Jahres auf das Niveau von 2015 und die neu entstandene Lieferketten-Krise ist eine Zuspitzung vorherigen Prozesse der kapitalistischen Globalisierung.

Auch wurde bereits zu Beginn der zur Corona-Krise u.a. von Naomi Klein darauf hingewiesen, dass diese Krise des Katastrophen-Kapitalismus nun wiederholt in verschiedener Art von Seiten des Kapitals ausgenutzt wird, um die politischen Kräfteverhältnisse zu seinen Gunsten zu verschieben und möglichst weitgehend dennoch verschiedene Vorteile daraus zu erzielen.

Auch zeigt ein Beitrag von Paul Schreyer in den Nachdenkseiten am konkreten Fall der Pandemie - Übung „[Event 201](#)“, bei der im Oktober 2019 mit sehr hochrangigen Teilnehmern aus der Wirtschaft und der Politik eine Spezifikation zur Naomi Kleins Hinweis erfolgte: "Man probte die Pandemie nicht einfach nur, um die Bevölkerung besser schützen zu können, sondern auch, um im Krisenfall seine eigene Agenda besser vorantreiben zu können."

Eingeengt auf eine (nicht absehbare) Pandemie, werden mit erforderlichen Eingriffen zum Gesundheitsschutz zugleich unter diesem Deckmantel auch antidemokratische Notstandsmaßnahmen schlimmster Qualität sowie ohne größere Widerstände ein insgesamt Billionen Euro - „Hilfs“programm s.u. vorrangig zugunsten von Konzernen auf den Weg gebracht.

## **2. Das Krisen-Regime mit vielen Corona-Maßnahme-Widersprüchen bei zunehmend unterdrücktem Krisen-Protest (selbst bei erfreulich undramatischen Corona-Daten, Stand Aug. 2020)**

Wenn China nach hiesigem Verständnis als autoritäre Diktatur gilt, stellt sich die Frage, ob das Corona-Maßregelpaket hierzulande (oder in den anderen Ländern des Westens) nicht ebenfalls als autoritär einzustufen ist. Noch nie wurden in so kurzer Zeit so viele Grundrechte eingeschränkt. Gerade in Verbindung mit der vorhin dargestellten Mehrfachkrise ist die Befürchtung nicht von der Hand zu weisen, der Ausnahmezustand könnte zur Normalität werden bzw. im Herrschaftsinteresse gelenkt und zur Verhinderung von berechtigtem Widerstand eingesetzt werden.

Rudolph Bauer weist auch darauf hin, dass obwohl das RKI in der Corona-Politik eine zentrale Rolle wahrnimmt, an seine NS-Vorgeschichte bisher weder seitens der Politik (etwa durch die parlamentarische Opposition) noch durch journalistische Recherchen erinnert wurde.

Das Wissen über die NS-Vorgeschichte des RKI, das in der Corona-Politik eine zentrale Rolle wahrnimmt, war auch den Aktivisten der Antifa in ihrer Parteinahme für die Corona-Verbote bislang wohl kaum bekannt.

Diese Vorgeschichte des RKI, seine Forschungstradition und sein Personal hätte die Öffentlichkeit zumindest ein wenig dafür zu sensibilisieren vermocht, dass das sozialsanitäre Regierungshandeln kein harmloser Vorgang ist, sondern der kritischen Begleitung und Kontrolle durch die Öffentlichkeit und des Parlaments bzw. eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses bedurft hätte. Blinde Gefolgschaft allein öffnet Tür und Tor für autoritäre Verfestigungen.

Innergesellschaftlich erfolgt zunehmend eine soziale Aufspaltung. Wer sich nicht an die Vorschriften hält, gilt als „fahrlässig“, als „Corona-Leugner“ und „-Verharmloser“, als „Gefährder“. Ihm oder ihr drohten Denunziation, Polizeieinsätze, Festnahmen und Strafen. Nicht mehr die Infektion durch das Virus bedeutet ein Risiko, sondern der Mitmensch wird darüber zum Risiko erklärt. Die Angst vor Corona im unterwürfigen Vordergrund fungiert als autoritärer Herrschaftsmechanismus und Instrument der sozialen Spaltung. Die Regierenden sahen die Stunde der Exekutive als gekommen. Bürokratie (nicht zuletzt die der Gesundheitsämter), Polizei und Militär wurden und werden innerhalb des Krisenmanagements aufgewertet.

Dabei gibt es immer mehr Widersprüche im Krisenmanagement, die Proteste nahelegen:

- Da wird die Maskenpflicht immer regider verordnet, doch werden kaum gesundheitlich taugliche zur Verfügung gestellt und via Medien selbstgebastelte, unnütze aber designierte Lappen ernsthaft als Masken-Schutzausrüstung empfohlen. Es werden im August 2020 bei stark noch gegenüber März 2020 abnehmender Gefahren bundesweit Bußgelder verhängt, wenn im öffentlichem Verkehr keine (unnütze Lappen-)Masken getragen werden und gleichzeitig die Züge profitabel völlig ausgebucht. Von Masken-Abstands-Kontrollen in Großraumbüros, Kantinen an Arbeitsplätze hört man nichts, wohl aber, dass ein weiterer Shutdown in Betrieben nicht mehr beabsichtigt ist.
- Im Gegensatz zu den Vorjahren ist nun binnen Tagen eine exorbitante Verschuldung möglich, ist die Einhaltung der finanzpolitischen „Schwarzen Null“ nun „Schnee von gestern“, wobei zugleich der Klassencharakter in der Mittelvergabe und Kostenübernahme von „Hilfs“-Programmen vor lauter Ungerechtigkeit s.u. „zum Himmel schreit“.
- Solidarität ist keine Einbahnstrasse: bei strengen Corona-Regeln und -Maßnahmen ging es vermeintlich um Solidarität mit den Anderen, doch wie sieht es mit der Solidarität gegenüber den vielen Studenten nun ohne Geld, mit maskiert beeinträchtigten Kindern in Schulen und Kitas, sowie bei verhinderter, beruflicher Beschäftigung in

Kunst , Kultur .... denn aus . Außerdem wurden gewaltige, sogenannte Corona-„Hilfsprogramme“ von über 1 Billion Euro aufgelegt und die gewaltigen Schulden daraus, breiten, (noch) steuerzahlenden Bevölkerungsschichten (bislang noch gestundet für die Zeit nach den nächsten Bundestagswahlen) aufgedrückt. Bei diesen „Wahnsinns“-Summen zur Krisenbewältigung und zugunsten vor allem von Konzernen wird von den „Solidar“-Politikern ein größerer Lastenausgleich seitens der Top-Vermögenden und den im großen Stil „steuervermeidenden“ Herrschaften nicht ansatzweise in Erwägung gezogen. Beim Lastenausgleich in Deutschland nach dem 2. Weltkrieg war noch durchaus der Fall (siehe das unten angeführte, aktuelle Papier von Attac Österreich).

- Internationale Solidarität insbesondere in Corona-Zeiten würde bedeuten : Bei der Bekämpfung der gegenwärtigen Gefahren wären Erfahrungsaustausch und internationale Zusammenarbeit angebracht, keine nationalistische Strapazierung von Feindbildern und Sanktionen. Gesellschaftlich von unten wäre die Unterstützung von uns nahestehenden Bewegungen sinnvoll, die z.B. wie in den USA oder Brasilien eine verantwortungslose Regierungspolitik anklagen, wo hunderttausende Tote in Kauf genommen werden und aufgrund einer rassistischen Gesundheitspolitik der Rest an Versorgung nur für vorrangig weiße, finanzkräftige Bevölkerungsschichten nutzbar ist.
- Gegenüber potentiellen Demonstranten agiert man trotz erfreulicher Gefahrenminderung immer noch als selbst erklärtes (Corona-)Krisengebiet, hat für Reisende in andere Länder aber höchst legitimiert die Warnung vor fremden Krisengebieten zur Urlaubseinschränkung in der Tasche. Dies gilt undifferenziert auch, wenn die Urlauber aus hiesigen Großstädten und recht schutzlosen, heimischen Arbeitsplätzen quasi die „Quarantäne“ ausländischer Landschaften und einsamer Strände aus dortigen Ferienwohnungen und nicht den „Ballermann“ aufsuchen wollen. Zur Einhaltung von Umweltbestimmungen, fairen Arbeitsbedingungen... appelliert man bei Unternehmen oft lediglich an deren Eigenverantwortung und -Initiative, beim Urlauber werden trotz vielfach anzunehmendem Gesundheitsinteresse Verbote und Strafen verhängt, wenn sie diese recht widersprüchliche, undifferenzierte Vorgabe nicht befolgen würden.
- Da wurden anfänglich noch die oft ungeschützten Beschäftigten im Krankenhaus- wie Pflegebereich im selbstlos, übertariflichen Einsatz gelobt, während nun bei turnusmäßig anstehenden Tarifierhöhungen, diese als nicht Corona-zeitgemäß blockiert werden.
- Auch bedient man sich anfangs und auch später der Daten einer Johns Hopkins University(JHU), einem Tummelplatz für US-freundliche Multimilliardäre und Partner des CIA, einer Einrichtung, die zugleich das US-Gesundheitssystem als das gegen Pandemien bestgeschützte der Welt hochgelobt (völlig im Widerspruch zu den später über 180.000 US-Corona-Toten).
- Laut der R+V-Langzeitstudie „Die Ängste der Deutschen“ haben Deutsche mehr Angst vor der Trump-Politik als vor Corona und mehr vor den Folgen des Lockdowns als vor dem Coronavirus
- Profilierungssüchtige, potentielle Kanzlerkandidaten setzen sich medial in Szene, verursachen aber organisatorisches Chaos und weitere Infektionsherde (siehe den Fall Bayern bei Urlaubsrückkehrern).
- Da wird bereits medial die Verkündung einer 2. Infektionswelle noch ohne Belegdaten in Gang gesetzt, während man trotz erhöhtem Testaufwand im Vergleich zum März viel geringere Infektionszahlen und ohne - wie vorher- die Anzahl von Corona-Toten (in noch viel geringeren Ausmaß) als Gefahrenmaßstab hinreichend berücksichtigt.
- Da wird verfügbarer Impfstoff für voraussichtlich Herbst 2020 angekündigt, später parallel mit genverändernden, völlig neuartigen Substanzen experimentiert, wobei nach einem so verfrühtem Einsatz mit völlig unbekanntem Nebenwirkungen, gesundheitliche Gefahren gegenüber Pharmaprofiten scheinbar nachrangig sind.

- Unabhängig davon wird vorab eine 24 monatige Kurzarbeitergeldverlängerung beschlossen, die in Kürze die bisherigen Sozialkassen geplündert hat, während Deutschland zeitgleich eine EU-Initiative gegen „Steuervermeidung“ verhindert, worüber solche Unterstützungsbeiträge hingegen gerecht finanziert würden.
- Da soll die Einführung einer Grundrente aufgrund der Corona -Kosten nicht mehr finanzierbar sein, während hohe Aufrüstungskosten(auch innerhalb der „Hilfs“-programme) kein Problem darstellen sollen. So hat unlängst die deutsche Bundesregierung Beschlüsse zur Rüstungsbeschaffung im Wert von 9,3 Milliarden Euro durch den Bundestag gebracht. Auch im Corona-Nachtragshaushalt sind rund 700 Millionen Euro für Militärzwecke vorgesehen, darunter 70 Millionen Euro für ein Digitalisierungs- und Technologieforschungszentrum der Bundeswehr. Und müssen bei der weiteren Militarisierung und Zuspitzung über ökonomische Sanktionen, die Feindbilder verstärkt und im Falle Chinas erweitert werden ?
- Es ist nicht erkennbar, dass aus den bisherigen Erfahrungen hinreichend Lehren wie in der Erstellung und Bereitstellung von Schutzausrüstung, sowie im Ausbau systemrelevanter Bereiche gezogen werden.

... Eine kaum endende Liste von Widersprüchen, die den Widerstand dagegen wie gegen das gesamte ökonomische Krisen-Regime zugunsten von Konzernen und Top-Vermögende immer mehr nahelegt.

Aber hat man Anfang August über besonderes Herausstellen von einzelnen Spinnern a la Attila Hildmann und noch gering beteiligten Neonazi-Gruppen gegenüber mehrheitlich, politisch unerfahrenen Kritikern der Corona-Maßnahmen die gewünschte, medialen Darstellungsschublade, geht man Ende August zum Demonstrationsverbot über oder hofft, diese Proteste in eine gesellschaftspolitisch, reaktionäre Richtung umzulenken bzw. sie so zu kanalisieren, dass möglichst keine Zweifel gegenüber der eigenen Fortsetzung kapitalistischer Krisenbewältigung aufkommen.

Dem Bundesverfassungsgerichts-Entscheid von Mitte April, worin während der bestehenden Corona-Einschränkungen das Verbot einer Demonstration als Verstoß gegen das Grundgesetz beanstandet wurde, scheint die Exekutive keine Beachtung mehr zu schenken. Gleichzeitige Großdemos im ebenso Corona-betroffenen Belarus sind den Herrschaften bei uns willkommen, abweichende Argumente gegen das Krisenmanagement bei uns, werden offenbar als Meuterei betrachtet, pauschal diffamiert und mit Verbot beegnet.

Unabhängig von politischen Systemen zeigt sich auch bei unterschiedlicher, nationaler Betroffenheit die Existenz des Coronavirus, gerade in Ländern der Gefahrenleugner wie Trump, Bolsonaro und Boris Johnson. Dieses Virus ist keine Erfindung und keine unmittelbare Verschwörung, aber auch kein verschwörerischer Freifahrtsschein zur Unterdrückung demokratischer Grundrechte.

Dabei unterscheiden sich gerade bei uns im August 2020 die wichtigen Zahlen und Indikatoren erfreulich völlig von der Situation Ende März. Neben der viel geringeren Anzahl von Infizierten, ist die Bedrohungslage (Verstorbene 315 zu 5,2 Patienten, erforderliche Krankenhausaufenthalt, belegte Intensivbetten) viel geringer und wenn, dann bei vorerkrankten älteren und in diesem Fall auch jüngerer Menschen. Die Bedrohungslage müßte also neu bewertet und mit veränderten Maßnahmen angepasst werden, aber dennoch zieht die Politik die Daumenschrauben wieder enger. Da die mittel- und langfristigen Folgen einer Corona-Infizierung noch nicht hinreichend bekannt sind, bleibt hier Vorsicht und vorerst weitere Prüfung bei Infizierten geboten. Die noch vorhandene Bedrohung vor allem bei Vorerkrankten bedarf hier besonderer Schutzmaßnahmen (z.B. kostenlos bereitgestellte, effiziente, zertifizierte und länger tragbare FFP2-Masken) , wenn es den staatlichen Stellen gegenüber solchen, weiter betroffenen Gruppen gesundheitlich ernst ist.

### **3. Pandemie-Entstehungshintergründe mit Langzeit- und Wiederholungscharakter, da systemimmanent latent gegeben**

Unter internationalen Forschern herrscht weitgehend Einigkeit darüber, dass dieser neue Covid 19 - Keim auf die gleiche Weise aufgetaucht ist, wie andere vor ihm: über den Sprung vom Tier zum Menschen.

Dabei hatte sich u.a. laut der Darstellung „Die Pandemie und das Weltsystem“ von Ignacio Ramonet die Pandemie schon lange angekündigt und dass die Ausplünderung und Zerstörung der Umwelt schwerwiegende Folge für die Gesundheit haben würde.

Ein konkreter im Bericht vom National Intelligence Council (NIC) innerhalb der CIA von 2008 an das Weiße Haus nahm für bis 2025 „das Auftreten einer neuen, hochgradig übertragbaren und virulenten Atemwegserkrankung beim Menschen an, für die es keine angemessenen Gegenmaßnahmen gibt und die zu einer globalen Pandemie werden könnte“. Die WHO warnte im September 2019, also am Vorabend des ersten Angriffs des neuen Coronavirus in Wuhan. davor, dass wir „vor der sehr realen Gefahr einer schnell verlaufenden, extrem tödlichen Pandemie, die durch einen Atemwegserreger verursacht wird...“ stehen.

Als sich das Coronavirus SARS-CoV-2 nach dem Auftreten und der Abriegelung in Wuhan in Norditalien Anfang Februar zunehmend schneller ausbreitete, dachte nördlich der Alpen auch in linken Organisationen und in sozialen Bewegungen noch kaum jemand daran, von den später erfolgreichen Erfahrungen in China und Südkorea zu lernen. Sogar bis Mitte März gab es in Deutschland Stimmen, darunter auch Mediziner\*innen, die die Entwicklung massiv verharmlosten oder gar als Panikmache abtaten.

Bundesgesundheitsminister Jens Spahn erklärte am 28. Januar 2020, dass es „keinen Grund für übertriebene Sorge“ gäbe. Erst am 18. März hielt Merkel ihre Fernsehansprache, in der sie mahnte, die Seuche ernst zu nehmen. Der Ausbreitung des Virus wird zunächst zugeschaut, insbesondere in Ländern wie USA, GB und Brasilien keine Beachtung geschenkt und bei uns mit widersprüchlichem, neoliberalen Epidemie-Management begegnet. Es fehlte anfangs auch an ausreichender Schutzkleidung und vor allem Atemschutzmasken. Desinfektionsmittel waren selbst für Arztpraxen über Wochen nicht verfügbar. Ausreichende Kapazitäten für Tests standen lange nicht zur Verfügung. Die Entstehungshintergründe der Pandemie scheinen bis heute keinen hiesigen Politiker zu interessieren, um mit solchen Erkenntnissen gezielt künftige Gefahren vorzubeugen bzw. davor zu schützen.

Der Evolutionsbiologe und Epidemiologe Rob Wallace geht in einer aktuellen Veröffentlichung genauer darauf ein:

Im Zuge der Immobilienkrise und einem tiefen wirtschaftlichen Abschwung, die jene Branche mit verschuldet hatte, erhielten u.a. Goldman Sachs Notkredite der Zentralbank und machte sich daran, seine Beteiligungen krisensicher und breiter zu streuen und entdeckte den Agrarsektor. Diese Bank übernahm 60 Prozent der Anteile von Shuanghui Investment and Development, einem riesigen chinesischen Agrarkonzern. Für 300 Millionen Dollar schnappte sich Goldman Sachs zehn Geflügelfarmen in Fujian und Hunan, Nachbarprovinzen von Wuhan, in denen auch Wildtiere für die Stadt gefangen werden.

Die »Feldtheorie der neoliberalen Krankheitsentstehung« nach Rob Wallace verbindet hierzu:

- die globalen Kapitalkreisläufe;
- die Investitionen des besagten Kapitals, durch die die Komplexität regionaler Ökosysteme zerstört wird, die bisher das Wachstum virulenter Erreger begrenzte;
- die Ausweitung des periurbanen Warenverkehrs vom tiefsten Hinterland bis in regionale Städte, wodurch neue Krankheitserreger Nutztiere und Arbeitskräfte infizieren;

- die wachsenden globalen Netzwerke aus Reiseverbindungen (und Viehhandel), durch die Krankheitserreger in Rekordzeit aus den besagten Städten in den Rest der Welt kommen;
- die fehlende Reproduktion vor Ort in der Massentierhaltung, durch die die natürliche Auslese beseitigt wird, welche sonst als »Ökosystemdienstleistung« Krankheiten dauerhaft (und fast kostenlos) entgegenwirkt.

Nach Wallace kann die Ursache von Covid-19 und ähnlicher Erreger nicht auf den Auslöser einer Infektion oder ihren klinischen Verlauf beschränkt werden, sondern liegt in den ökosystemischen Verhältnissen, die das Kapital seinen Interessen gemäß gestaltet hat.

Und ohne Änderung, wird wohl nach diesen Erkenntnissen immer weniger Zeit vergehen, bis wir uns der nächsten tödlichen Pandemie gegenübersehen. Also müssen wir unsere Formen der Naturaneignung grundlegend verändern, wenn man dringlich einen Waffenstillstand mit diesen Infektionen schließen will?

#### **4. Betroffene/Verlierer der Krise und eine grundlegende Transformationen in der Arbeitswelt (zugunsten des Kapitals?)**

Es ist schwierig, innerhalb der Mehrfachkrise mit allein für Deutschland vorliegenden **6 Millionen Kurzarbeiter** (Stand August 2020) die verschiedenen weiteren Formen von Betroffenheit jeweils spezifisch einer jeweiligen Krise zuzuordnen. Auch darum hier nur einige, zentrale Beispiele:

Der SPD-Kanzlerkandidat und Finanzminister Scholz beginnt im Kontext dieser Krise und anstehenden Pleitewellen die eigentlich auf bis zu zwölf Monate begrenzte Bezugsdauer für Kurzarbeitergeld auf maximal 24 Monate zu verlängern und die Meldung von Insolvenzen zeitlich zu strecken. Das reicht für die Zahlung von Kurzarbeitergeld bis zur nächsten Bundestagswahl, wohl auch als „Befriedung“ von bedrohten Arbeitnehmern bzw. zur Profitsicherung oder doch krisenbedingt auch zur Überbrückung für Großunternehmen, die bereits vor und auch weiter ohne Corona daraus Ansprüche wahrgenommen haben bzw. wahrnehmen. Dies dient auch ihrer weiteren Entlastung durch ein Wegfallen bisherigen Lohn-Nebenkosten. Geplündert werden dabei die Kasse der Bundesanstalt für Arbeit mit den eingezahlten Sozialbeiträgen wie vielfach die noch vorhandenen Ersparnisse der Arbeitnehmer, um z.B. weiter steigende Mieten bei diesem geringerem Einkommen noch bezahlen zu können. Selbst die Tagesschau-Online vom 16.8.2020 vermerkt :

„Die Bundesagentur für Arbeit hat wegen der hohen finanziellen Belastungen in der Corona-Krise bereits mehrfach Alarm geschlagen: die hohen Ausgaben für das Kurzarbeitergeld und Arbeitslosengeld, die Kosten für die Sozialleistungen, die nun von der eigenen Behörde getragen werden. Die Rücklagen der Bundesagentur von rund 26 Milliarden Euro würden daher im laufenden Jahr komplett aufgebraucht.“

Die weiteren gewaltigen, bundesdeutschen Krisenprogramme mit ihrer Schuldenaufnahme bringen enorme Belastungen, fragt sich für und durch wen. So ist Deutschland zusätzlich auch der größte Schuldenmacher im weiteren Rettungspaket der Europäischen Union. Die Rückzahlung dieser Schulden ist weit in die schlechte Zukunft verschoben, soll 2028 beginnen und danach noch 30 Jahre, also eine Generation, lang laufen,

Auch trifft es insbesondere **2,3 Mill. Solo-Selbstständige**: Ob Tänzerin, Sänger, Schriftstellerin, Fotojournalist, Schauspielerin, Volkshochschul-Dozent, Artistin, Kabarettist, Kosmetikerin, Regisseur, Übersetzerin, Messebauer – alle eint die spezielle wirtschaftliche Situation: Sie arbeiten mit eigenem Handwerkszeug für unterschiedliche Auftraggeber, müssen sich sozial selbst absichern; sie führen ihr Büro oft im Wohnzimmer und müssen kreativ und flexibel



bleiben. Wegen eintretendem Auftragsmangel gerade nach dem Corona-Shutdown kann bei ihnen auch kein Kurzarbeiter- oder Arbeitslosengeld sie über Wasser halten. Die Anfang April vom Bund bereitgestellten 50-Milliarden-Euro- "Soforthilfe für Solo-Selbstständige und Kleinstbetriebe" greift vielfach nicht, da Zuschüsse nur zur "Sicherung ihrer beruflichen bzw. betrieblichen Existenz" zu verwenden wären (sonst gelte Rückzahlung). Davon ohne größere Ersparnisse auch zu leben, bedeutet vielmehr die weitere Beantragung von Hartz IV.

Im **Bereich der Studierenden** treffen neben dem Kontaktmangel bei Verlegung der eingeschränkten Lehre ins Internet oft die noch größeren Geldsorgen. Da gegenwärtig zwei Drittel aller Student#innen nebenbei arbeiten, trifft es hart, wenn davon der Hälfte durch Jobabsagen oder Kündigungen Einkommen verloren geht, Weder Grundsicherung, Kurzarbeitergeld noch andere Transferleistungen greifen hier und bei wenigen Auszahlungen von KFW-Studienkrediten dort noch die Schuldenfalle. Die unlängst beschlossene Summe einer Überbrückungshilfe von max. 500 Euro pro Monat für Juni, Juli und August reichte bei insges. 100 Mill. Euro gerade einmal für zwei Prozent der Studierenden. Es klingt darum schon verzweifelt, wenn Studentinnen einer Protestkundgebung auf ihrem Schild „Reiche Eltern für alle !,“ präsentieren.

Laut Christoph Butterwegge galt **darüber hinaus** während der Coronapandemie:

“Wer arm ist, muss eher sterben...Durch monatelange Kontaktverbote, Ausgangsbeschränkungen und Einrichtungsschließungen wurde die ohnehin brüchige Lebensgrundlage der ärmsten Menschen (Bettler\*innen, Pfandsammler\*innen und Verkäufer\*innen von Straßenzeitungen) zerstört...Zu den Hauptleidtragenden gehörten Obdach- und Wohnungslose, aber auch andere Bewohner\*innen von Gemeinschaftsunterkünften wie Gefangene, Geflüchtete und (süd)osteuropäische Werkvertragsarbeiter\*innen der Subunternehmen deutscher Großschlachtereien bzw. Fleischfabriken, nichtdeutsche Saisonarbeiter\*innen, Migrant\*innen ohne gesicherten Aufenthaltsstatus, Menschen mit Behinderungen, Pflegebedürftige, Suchtkranke, Prostituierte, Erwerbslose, Geringverdiener\*innen, Kleinstrentner\*innen und Transferleistungsbezieher\*innen (Bezieher\*innen von Arbeitslosengeld I und II, Sozialgeld, Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung sowie Asylbewerberleistungen).“

Nun habe andererseits positiv angeblich binnen zwei Monaten die Pandemie einen Digitalisierungsschub bewirkt, der sonst zehn Jahre gebraucht hätte. Für möglichst viele soll der Ausnahmezustand **Homeoffice** zur neuen Normalität (z.B. hat dies die Allianz Versicherung bereits für 30 % der Arbeitsplätze bei Einsparungen von 50 % angekündigt) werden, was zugleich zu einer grundlegenden Transformation der Arbeitswelt führen soll.

Eine internationale Kampagne von Zukunftsforschern und Arbeitsexperten möchte laut der VERDI-Mitgliederzeitung PUBLIK

„nun darin überzeugen, dass es nach der Krise nicht wie vor der Krise sein soll: "Führen auf Distanz" sei die Zauberformel zur Produktivitätssteigerung – und nebenbei bewirke es günstige Kosteneffekte: Nicht nur können dadurch Bürokapazitäten abgebaut, sondern auch das mittlere Management deutlich verringert werden. Mit Corona und der Pflicht zu "social distancing" kam eine perfekte Gelegenheit, um Belegschaften in kontaktlose, digital vernetzte Heimarbeiter\*innen zu verwandeln.

Nicht, dass es für Viele auch positive Effekte zu nennen gäbe :

- das Wegfallen der Pendelzeit zwischen Zuhause und Arbeitsplatz
- Kein Stau, keine überfüllten Züge, keine beruflichen Flüge, damit ist etwas an Lebensqualität und Umweltschutz
- manche genossen dabei, auf Dresscode verzichten zu können, andere, keine nervigen Kollegen ertragen zu müssen.

Nur was ist, wenn zu Hause die nötigen Mittel fehlen: Arbeitszimmer, Schreibtisch, Computer, Internetverbindung. Mangels einer räumlichen Trennung zwischen Arbeit und Freizeit erklärt ein Viertel der Befragten, nicht abschalten zu können und folglich unter Stress zu leiden. Ein weiteres Viertel beklagt die durch physische Distanz erschwerte Kommunikation mit den Kollegen. Noch problematischer: die Zeiteinteilung. Lediglich 29 Prozent schaffen es, ihre üblichen Arbeitszeiten einzuhalten. Die anderen

geben an, länger als sonst zu arbeiten. Hinzu kommt für die meisten Eltern die Verquickung von Berufsausübung und Kinderbetreuung. Schließlich vermissen drei unter vier Beschäftigten ihre sozialen Kontakte im Büro.

Wenn beschauliche 26 Prozent von Befragten sich vorstellen könnten, auch nach Corona von Zuhause aus zu arbeiten, zählt zu jener Minderheit, dass sie meistens männlich, jung, kinderlos und hochqualifiziert ist und über die adäquate Wohnung und die geeignete Position dafür verfügen. Und langfristig sei aber von Menschen kein Produktivitätsgewinn zu erwarten, die am Küchentisch mit veralteten PCs und schwacher Leitung operieren. Arbeitgeber müssten also hier auch in die Miete für das Bürozimmer wie in einer großzügigen, moderner Digitaltechnik investieren? Andererseits sind für jeden, die abgekapselt im eigenen Zimmer sitzen und mit der Firma nur virtuell verbunden sind, dann kollektive Beschwerde, Forderungen und Abmachungen schwer vorstellbar und eine solch vollendete Atomisierung und Aufspaltung des Arbeitsverhältnisses für eine gewerkschaftlich Gegenwehr eine gewaltige Herausforderung.“

Was liegt bei rund 13 Prozent Produktivitätssteigerung im HomeOffice laut einer Stanford-Studie, dem allgemein gestiegenem Leistungsdruck und der Arbeitsplatzreduzierung als Folge der Krise näher, eine generelle Verkürzung der Arbeitszeit auf 4 Tage oder 30 Stunden pro Woche bei vollem Lohnausgleich einzuführen. Eine gerechte Arbeitsverteilung ist ein Gebot der neuen Gegebenheiten. Die konkrete Ausgestaltung könnte dann durch die Tarifpartner erfolgen.

## 5. Zur Krisenreichweite auf der internationalen Bühne

Die chinesische Regierung geht davon aus, dass eine Anti-Globalisierung nichts lösen wird und der Protektionismus eine Sackgasse ist, weil am Ende niemand exportieren kann und alle blockiert sind. Aber In jedem Fall scheint die neoliberale Hyper-Globalisierung schwer getroffen zu sein. Nicht nur der Kampf um Masken wie der bei ersten, unzureichend geprüften Impfstoffen untereinander haben gezeigt, dass die Großmächte unfähig waren/sind, sich auf globaler Ebene abzustimmen, um eine gemeinsame weltweite Front zu bilden und bei der Suche nach Lösungen und kollektiven Auswegen aus der Krise zusammenzuarbeiten. Die Krise war zunächst die Stunde der Nationalstaaten. Sowohl die EU als auch supranationale Organisationen wie IWF und Weltbank erschienen zunächst wenig handlungsfähig. Grenzen wurden zeitweise geschlossen, aber in der Frage der EU-Finanzierung von Krisenmaßnahmen haben die ‚Nordländer‘ (darunter Deutschland und die Niederlande) Kompromisse machen müssen.

Der Lockdown, den unsere westlichen Regierungen verfügt haben, offenbarte mehr Hilflosigkeit als dass sie danach zulasten der Wirtschaft darauf drängten. In Deutschland war es eher der Druck der Betriebsräte in der Autoproduktion, der das Herunterfahren der Produktion erzwang.

In Ländern wie den USA, Brasilien oder England, wo trotz wachsender Infektionszahlen , Corona zunächst tatenlos als „Grippe“ (Trump) bzw. „kleine Grippe“(Bolsenaro) oder anderweitig verharmlosten (Boris Johnson), bzw. auf das Konzept von Herdenimmunität setzten und wo das Gesundheitssystem neoliberal auf Profit ausgerichtet und für eine Nutzung der gesamten Bevölkerung zerstört wurde, ist bereits heute eine niederschmetternde Bilanz von eingetretenen Corona-Todesfällen zu beklagen.

Das hängt dort natürlich auch mit schlechten, allgemeinen Gesundheitssystemen zusammen. Während z.B. in den USA das Geld hierfür unzureichend zur Verfügung steht, wurde laut den aufsehenerregenden Ergebnissen zu den Konsequenzen des sogenannten "Kriegs gegen den Terror" vom "Costs of War Project" der Boston University (vom Nov. 2019) rund 6,4 Billionen US-Dollar auf dessen Hintergrund ausgegeben. In den vergangenen 18 Jahren kamen laut dieser Studie über 800.000 Menschen durch direkte Kampfhandlungen der US-

geführten Koalition ums Leben. Professor David Vine von der American University, ein Vorstandsmitglied des "Cost of War Project" betonte, dass die indirekte Opferzahl dieser Kriege in Afghanistan, im Irak, im Jemen, Pakistan und Syrien "generell viermal so hoch geschätzt" wird. Nach dieser Schätzung starben demnach mindestens 3,1 Millionen Menschen aufgrund der Kriegsfolgen (kein Zugang zu Nahrung, Wasser, Medizin, Infrastruktur etc.), "etwa 200-mal mehr als US-Tote". Hinzu kommen die Millionen Kriegs-Flüchtlinge. Gegenüber den Folgen der gegenwärtigen Krisen und den anstehenden Aufwänden sind dies genug Gründe, diesen Krieg nach 9/11 (2001) so schnell wie möglich zu beenden.

Und wo aufgrund der globalen Ausbreitung eine internationale Zusammenarbeit bei Anerkennung einer multipolaren Welt wie auch Lehren aus einem gelungenen, vorherigen Corona-Krisenmanagement zu ziehen wären und eine koordinierte Impfstoffentwicklung auf kostengünstiger Basis mit anderen Ländern sinnvoll wäre, bedeutet dies zugleich, von der bestehenden, zugespitzten Sanktionspolitik, nationalistischen Vorteilssuche und unbewiesenen Schuldzuweisung (gegenüber China) Abstand zu nehmen. Die Rückkehr zum Völkerrecht u.a. auch ohne willkürlichem Einsatz von bewaffneten Drohnen und weiteren militärischen Interventionen wäre eh die Voraussetzung der Einhaltung von internationalem Recht, ohne die auch eine gemeinsame Bekämpfung von Pandemien undenkbar ist.

Gegenwärtig sieht es laut IWF so aus, dass China wie bereits zur Finanzkrise 2009 auch 2020 trotz Corona-Krise ein Wachstumsland bleibt. Zum chinesischen Erfolg beigetragen hat das konsequente, wenn auch rigide, Pandemie-Krisenmanagement mit Eingrenzung regionaler Hotspots. Eine dortige Ausgangssperre und der Shutdown wurden erst gelockert, als man das Virus im Griff hatte. Im Unterschied zum westlichen Metropolenkapitalismus befand sich China zu Beginn der Corona-Krise in einer konjunkturell stabilen Situation. Für den Westen geht der IWF von einem langen Krisenmodus der Weltwirtschaft aus, befürchtet eine „Dauerkrise“ mit hoher Arbeitslosenzahl. Pleiten, Armut und Hunger sind dabei mit auf dem Vormarsch.

Nach IWF-Angaben wird die US-Wirtschaft erst 2022/23 wieder das Niveau von 2019 erreichen: bis dahin hätte Chinas Wirtschaft etwa 15 Prozent Wachstum realisiert. Die Gewichte in der Weltwirtschaft würden sich gravierend verschieben.

## **6. „Systemrelevanz“, „Marktversagen“, Krisenprofiteure sowie „Hilfs“programme für wen und finanziert von wem**

Das neue Coronavirus hat uns gezeigt, dass, wenn es darauf ankommt, Ärzte, Krankenschwestern und Gesundheitspersonal, Lehrer, Beschäftigte im Lebensmittelhandel oder Personenverkehr unendlich viel wichtiger und wertvoller sind als Makler oder Finanzspekulant. In den Listen systemrelevanter Berufe finden sich dabei viele sogenannte Frauenberufe. Ihnen wurde anfangs Beifall geklatscht, da ihr Einsatz bis an ihre Grenzen ging, um eine Art Alltag für uns alle aufrecht zu halten. Doch selbst die Zahlung einer einmaligen Sonderprämie innerhalb der noch weiter völlig unterversorgten Altenpflege sind kein Ersatz für niedrige Bezahlung, ausreichende Gesundheitsschutz-Maßnahmen sowie drohende Altersarmut in fast allen dieser systemrelevanten Bereiche.

Bei der neoliberalen Vermarktung wie Privatisierung des Gesundheitswesens nach Fallpauschalen-Prinzip und ohne bedarfsgerechte Beschäftigung wurde außerdem auf Teufel komm raus gespart und an der Obergrenze der Kapazitäten gefahren, was zulasten der Möglichkeit einer flexiblen Reaktion auf Katastrophenfälle gesundheitlicher Art geht. Eine von der Bertelsmann-Stiftung noch 2019 in Auftrag gegebene Studie empfahl sogar, die landesweite Zahl der Kliniken von 1400 auf weniger als 600 mehr als zu halbieren. Der Lockdown sollte auch fehlende Kapazitäten im Krankenhausbereich und damit Bilder, wie

Anfangs in Italien, vermeiden, wobei daran erinnert sei, dass Südeuropa, bevor es zum Epizentrum der aktuellen Pandemie wurde, das Epizentrum der sadistischsten Sparpolitik nach der Finanzkrise von 2008 war.

Auch wurde in dieser Krise der große Investitionsstau im Bildungsbereich noch offensichtlicher: rückständige Digitalisierung, marode Sanitäreanlagen und Gebäude, die für räumliche Distanzierung denkbar ungeeignet sind.

"Diese Krise", erklärt Noam Chomsky, "ist das x-te Bei-spiel für das Versagen des Marktes. Krankenhausbetten wurden im Namen der 'wirtschaftlichen Effizienz' abgeschafft. [...] Die US-Regierung und die multinationalen Pharmakonzerne wissen seit Jahren, dass die Wahrscheinlichkeit einer Pandemie hoch ist. Aber da die Vorbereitung darauf nicht gut für die Geschäfte waren, wurde nichts getan."

Die Pandemie wird andauern. Und es ist möglich, dass das Virus, nachdem es mutiert ist, über die globalen Lieferketten zurückkehrt. Das zukünftig grundsätzlich dagegen und auch vorsorgend etwas getan wird, ist bisher kaum absehbar.

Schon in der Finanzkrise 2008 war mit gut 5 Billionen Dollar das Rettungspaket des internationalen Finanzkapitals für das bedrohte System recht eindrucksvoll. Doch eine Zusammenfassung gegenwärtiger „Retter“ bestätigt, dass wir es mit Summen zu tun haben, wie sie noch nie im Krisenfall mobilisiert wurden, In Deutschland, der EU und USA kommt man bei den neuen Rettungspaketen ab März 2020 auf eine Gesamtsumme von über 10 Billionen US-Dollar.

Gerade ein Exportüberschußweltmeister wie Deutschland wird von der Dreifachkrise – Finanzcrash, reale Rezession, Pandemie mit Lieferkettenkrise – besonders getroffen. Abseits von vorheriger Schuldenbremse und finanzpolitischer „Schwarzer Null“ der Vorjahre wurde mit Einsetzen dieser ökonomischen Dreifachkrise in Windeseile das 750 milliarden schwere Krisenprogramm als Corona-„Hilfs“programm aufgesetzt. Selbst Christian Lindner als FDP-Chef sprach kurz darauf von der „Stunde des Staates“ und verdeutlichte damit, dass die ökonomische Lage ernst ist.

Gerade Zeiten von Quarantäne und HomeOffice machen den Digitalen Kapitalismus ökonomisch zum absoluten Gewinner dieser Pandemie. Wie bei Google, Facebook, Amazon und Apple gab es immer mehr unvorstellbare Profite im Gegensatz zu großen Verlusten anderer Branchen gerade im zweiten Quartal 2020, während der Corona-Krise. Amazon erzielte sogar eine gewaltige 40 % Umsatzerhöhung zum Vorjahresquartal und auch die Post fährt satte Gewinne ein. Dies erfolgte aufgrund der Zunahme im Online-Handel, bei den anderen Multis insbesondere durch gestiegene IT-Ausrüstung und Ausweitung von Cloudinfrastruktur für das Homeoffice. Durch die Corona-Krise kommt es zu tiefgreifenden Verschiebungen gerade in der US-Monopolstruktur und zur weiteren Ausdehnung des Digital-Kapitalismus weltweit.

Auch allgemein sitzt man nun doch nicht „ganz in einem Boot“, denn in einer ersten Untersuchung von Zuteilungen aus dem offiziellen „Corona-„Hilfs“programm, dem Wirtschaftsstabilisierungsfonds (WSF), kommt Thomas Sablowski zu dem Fazit :

„Die Maßnahmen der Bundesregierung sind klassenspezifisch strukturiert. Die Kapitalistenklasse darf sich über 600 Mrd. Euro staatliche Unterstützung sowie Kredite der KfW in potentiell unbegrenzter Höhe freuen. Die mittlere Bourgeoisie und das Kleinbürgertum erhalten 50 Mrd. Euro vom Staat, während die lohnabhängige Mittelklasse und die Arbeiterklasse bei dem Maßnahmenpaket der Bundesregierung praktisch leer ausgehen.“

Laut einem Antwortschreiben des Bundeswirtschaftsministerium an Katharina Dröge (MdB Die Grünen) vom 6.8. 2020 haben aus den mächtigen Kapitalfraktionen knapp 60 Unternehmen „Interessenbekundungen“ an Mitteln aus dem WSF angemeldet.<sup>1</sup> Für die konkrete Vergabe ist wohl die Prüfung noch am Anfang, auch um damit dem Interesse von Wirtschaftsminister

Altmaier zum Aufbau „nationaler und europäischer Champions“ über seine »Industriestrategie 2030« zu entsprechen und wohl recht unabhängig von den nach außen deklarierten Pandemie-„Hilfen“, zugleich ausländische Konkurrenz zu verdrängen und Konzernen weitere Marktanteile einzuverleiben.

Neben dem WSF kam seitens der Bundesregierung zusätzlich ein 130 Mrd. Euro-Konjunkturprogramm und ein darin enthaltenes „Zukunftspaket“ über 50 Mrd. Euro, das in großem Umfang auf dem Hintergrund der Rezessionstendenzen des Vorjahres die bereits im Herbst 2019 von Unternehmerverbänden (wie dem BDI) geforderte, staatliche „Investitionsoffensive“ beförderte. Dabei werden über 15 Mrd. Euro für den Ausbau der digitalen Infrastruktur, der Informationstechnologien und künstlichen Intelligenz (incl. der Finanzierung einer klimaschutzunverträglichen Wasserstoffstrategie) privatmonopolistische Entwicklungstechnologien ermöglicht. Und dies begünstigt sehr naheliegend Großunternehmen, die sich mittels Berater„kunst“ bei der „Steuervermeidung“ und Steueroasen-Plazierung überbieten und die darüber erzielten Vorteile als Profite für ihre eh steinreichen Aktionäre einkassieren.

Wenn bei diesem recht intransparenten Umverteilungs-Geschehen wie bei einer konkreten WSF-Zuteilung öffentlich wird, dass es wiederholt bzw. nur nach dem Drehbuch der Lufthansa-„Rettung“ läuft, kommt dies einem Tatort-Krimi in Folgen gleich :

Beim vorherigen Absturz der Aktien und einer anstehenden, staatlichen „Rettung“ werden solche Wertpapiere von Spekulanten als danach profitable Sicherheit aufgekauft. Bei der Lufthansa z.B. insbesondere von einem Milliardär namens Thiel , der unter dem Schirm der „Corona-Hysterie“ seine 15,5 Prozent der Aktien nach Hinweis von Werner Rügemer genau ab dem 3. bis 16. März 2020 still und heimlich zusammenkaufte. Nach der öffentlichen Bekanntgabe des Rettungspakets (Finanzminister Scholz: So geht „Wumms“) war er dann ganz sicher und hat schnell noch die letzten 5 Prozent dazugekauft.

Obwohl mit einem 9 Mrd. Euro Rettungspaket die Lufthansa beim damaligen Aktienwert von etwa 4,5 Milliarden gleich zwei Mal öffentlicher Besitz mit vollständiger Kontrolle hätte sein könnte, fließen drei Milliarden davon als Kredite in die Konzernkassen. 5,7 Milliarden werden als stille Beteiligungen zur Verfügung gestellt und lediglich für 300 Millionen als Unternehmensanteile gekauft, ohne unter diesem Konzernunterwerfungsmodell Beschäftigungsgarantien oder höhere Umweltauflagen durchsetzen zu können. Die Corona-Ausnahme-Situation wird bei der Lufthansa vielmehr für bereits vorbereitete Umstrukturierungen und Entlassungen genutzt. Vorweg werden über betreffende Gewerkschaften Lohngeschenke der noch Beschäftigten in ihrer bedrohlichen Arbeitsplatzsituation abgetrotzt. Die eigentlich bei solchen staatlichen Unterstützungssummen naheliegende Kontrolle verbietet im Sinne betroffener Arbeitnehmer wie Steuerzahler einen solchen widersinnigen „Deal“. Aber der besagte Profiteur namens Thiel (und wohl auch weitere Anteilseigner nicht nur aus dem Hause BlackRock...). besitzt auch noch die Dreistigkeit, eine größere staatliche Kontrolle trotz dieser Milliarden-Hilfe erpresserisch zu untersagen. Nicht nur hier wird deutlich, in welchem Interesse das staatliche (Corona-) Krisenmanagement agiert.

Allgemein ist für die Herrschenden ein effektives und verhältnismäßiges Krisenmanagement (Eindämmung von Infektionen, weniger schwere Verläufe und Tote) längst zu einem wichtigen Faktor im globalen „Standortwettbewerb“ geworden. Deren Krisenmanagement navigiert so zwischen der Abwägung der Stabilität der „kritischen Infrastruktur“ wie des Gesundheitsschutzes einerseits und andererseits den jeweiligen kurz- und langfristigen wirtschaftlichen Folgen und Kosten (Insolvenzen, öffentliche und private Schulden, Arbeitslosigkeit, Steuerausfälle). Zwischen den Profiten und der Wettbewerbsfähigkeit der in Deutschland dominanten Exportindustrie (dem von der Politik beschworenen Kern der Wirtschaft) und dem Gesamt an Wirtschaftsaktivitäten wird dabei abgewägt.

Während Krisenbetroffene, von denen s.o. einige genannt wurden und die Masse der Bevölkerung die Leidtragenden der Mehrfach-Krise sind und u.a. von Herrn Scholz schon auf eine, ab 2022 wieder praktizierte Schuldensperre eingestimmt werden, liegen weitere, potentielle Krisenprofiteure gierig, voller Erwartung und unterstützt von bestens bezahlten Beratungsunternehmen auf der Lauer:

So ermöglichen laut Pia Eberhardt „weltweit über 2600 Handels- und Investitionsabkommen ausländischen Investoren, Staaten vor privaten Schiedsgerichten zu verklagen, wenn sie ihre weitreichenden Rechte in den Verträgen als verletzt ansehen... Inmitten der Corona-Krise bereiten globale Anwaltskanzleien den Boden für Investor-Staat-Klagen gegen Maßnahmen, die Regierungen ergriffen haben, um Leben zu retten, die Pandemie einzudämmen und ihre wirtschaftlichen Folgen abzumildern... Solche Konzernklagen können öffentliche Haushalte massiv belasten... Die Notwendigkeit, Investor-Staat-Klagen zu verhindern war selten so klar wie zur heutigen Zeit, in der die internationale Staatengemeinschaft nicht nur mit einer globalen Gesundheits-, sondern auch einer Weltwirtschaftskrise kämpft... Die Corona Krise stellt wie keine andere die Legitimationsfrage an ein paralleles Rechtssystem, das einige der Reichsten in unserer Gesellschaft besserstellt als alle anderen. Warum sind Investoren und ihr Wunsch nach sprudelnden Gewinnen stärker geschützt als die staatliche Pflicht zum Schutz der Gesundheit und eines angemessenen Lebensstandards?“

Während Profite aus den Milliarden-"Rettungs"programmen zugunsten der Konzerne und Top-Vermögenden privatisiert werden, werden die langjährigen Kosten solcher Programme vergesellschaftet. Laut OXFAM-Studie(s. u. Literaturangabe mit Details) haben die 25 profitabelsten globalen Unternehmen des S&P Global 100 Index den Aktionär\*innen im Jahr 2020 voraussichtlich mehr als 378 Milliarden Dollar zahlen werden. Das entspricht 124 Prozent ihrer Gewinne des laufenden Jahres. Gerade deutsche Unternehmen wie BMW, BASF und Bayer zeichnen sich durch Dreistigkeit und Maßlosigkeit aus.

## 7. Aktionsstrategien, Bündnisse und Widerstands-Perspektiven

**Zentral für eine Aktions-Strategie** auf heutigem Krisenhintergrund wird sein: Es muss verhindert werden, wie Naomi Klein warnt, dass die Verteidiger des Systems – ultraliberale Regierungen, Spekulationsfonds, transnationale Unternehmen, digitale Riesen – unter den **Auswirkungen des "Schock-Kapitalismus" ihre Vorherrschaft festigen** und die Krise nutzen, um weitere Ungleichheiten, mehr Ausbeutung und mehr Ungerechtigkeiten zu schaffen... Das aktuelle Krisenmanagement soll einen „neuen Alltag“ schaffen, der im internationalen Standortwettbewerb „optimal“ ist und der auf die komplexen Kosten-Nutzen- und Risiko-Kalküle eingestellt ist. Es stellt sich also die Frage, wie versucht wird, diese Normalisierung zu erreichen, wer den Nutzen hat und wer die Kosten trägt, welche Folgen dies für mögliche Krisenprozesse in der nahen Zukunft haben kann

Aus linker Sicht stellt sich zugleich die **Frage nach den Zusammenhängen, Ursachen, Folgen und Alternativen**. In einer Analyse ist wie s.o. die Frage nach der Rationalität bzw. der Widersprüche im Krisenmanagements einzubeziehen. Oft sind hier die ersten Ansatzpunkte von Widerstand und darüber hinaus gilt es zu verhindern, dass diese Krise benutzt wird, auch einen großen globalen Rückfall der Gesellschaft zu etablieren, der die Räume der Demokratie verkleinert, bisherige soziale Errungenschaften in Frage stellt und unser Ökosystem noch mehr zerstört. Was sicher bleibt, sind die massiv gewachsenen Schulden. Es zeichnen sich harte Konflikte bei der sich zuspitzenden direkten Betroffenheit und nach der Krise darüber, wer schließlich dafür zu zahlen hat.

Doch bevor diese Zusammenhänge in den zunehmenden Klassenauseinandersetzungen klarer analysiert, und massenwirksam zu klaren Ursachen-, Gegnerbestimmungen und in

breiten Bündnissen mit gemeinsam verdichteten Forderungen und Alternativvorstellungen tragfähig werden, setzen unsere Klassengegner mit ihren politischem Profis, Medien und exekutiven Apparaten zu politischen Ablenkungs- und Spaltungsmanövern an, die momentan auf fruchtbaren Boden fallen und teilweise – wie von ihnen gewollt – in eine weitere Rechtsentwicklung zu gehen drohen.

So geht es statt in den vorhin grob skizzierten Erfordernissen aus linker Sicht **unter einer verengten Krisensicht** leider oft nur darum, welche medizinischen Gefahrendarstellungen zur Krankheit Corona nun ( auch aus Nichtmediziner-Verständnis) richtig sei und ob schon das Tragen einer Schutzmaske(die als Designer-Lappen gar keine Schutzwirkung hat, aber mit passenden Demo-Slogans kostengünstig sowie für mögliche Demo-Spendeneinnahmen und als eine Vermummung auch ihren politischen Zweck erfüllen könnte) eine Freiheitsberaubung bzw. -einschränkung darstellt. Die eingeschränkte Zuspitzung auf solche „Probleme“ läßt zentralere, politische Konflikte und Widersprüche im offiziellen Krisenmanagement und darüber hinaus vielfach außen vor. Die in solchen Protesten im Zentrum stehenden, bisher wagen Glaubensbekenntnisse können auch leicht recht widersprüchliche, politisch abwegige Akteure zusammenführen, die unter Beeinflussung von oben ein willkommenes Objekt einer Veränderung gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse nach Rechts darstellen. Sie dann ohne erkannte, brisante Offenheit bereits in diesem Stadium pauschal als Rechtsaußen zu brandmarken, verhindert aber die Entstehung breiter, tendenziell fortschrittlicher Bündnisse in entscheidenderen Auseinandersetzungsbereichen.

Bei wachsender Teilnehmerzahl in den **Querdenken-Demos** und den bescheidenen Gegenprotesten wie den der Antifa sowie bei der medialen Bewertungs-Steuerung von außen, haben wir momentan(3.Q. 2020) unter Wirkung zunehmender Spaltungsprozesse im linken Umfeld einen niederdrückenden, desorientierten Protest-Stand auch in anderen politischen Bereichen, aus dem wir herauskommen müssen. Diese Art von Protest spaltet die Linke (siehe selbst bei der Ramstein-Kampagne) immer tiefer, wenn wir keine neue Corona - Protestbewegung aufbauen oder – ev. eher realistisch - das vorhandene, recht diffuse Protestpotential von innen heraus inhaltlich emanzipativ und politisch aufklärend verändern. Dafür sollte der Charakter der aktuellen Situation s.o. gemeinsam aufgearbeitet werden und hierüber eine Sammlung unserer Kräfte erfolgen.

Die Fortsetzung der kläglichen, pauschalen Gegenproteste erscheint immer weniger zielführend zu sein, eher das inhaltliche Hereinführen von politisch-inhaltlichen Skandalisierungen aus dem Krisenmanagement und hinsichtlich der schreienden Ungerechtigkeit der Verwendung von Milliarden-Summen aus Krisenprogrammen und wer für die Schulden bezahlen soll. Dabei sollte gezielt darauf geachtet werden, dass auch solche fortschrittlichen Forderungen eingebracht werden, die möglichst nicht von Rechts anschlussfähig sind. Vielleicht ist es innerhalb dieser Proteste möglich, im Sinne internationaler Solidarität, anklagende Redner z.B. aus den USA oder weiterer, besonders Corona-betroffener Länder mit hundert-/zehntausenden Corona-Toten auf diese Demos zu bekommen. Statt einer grundsätzlichen Corona-Gefahren-Leugnung sollten dann andere Kritikpunkte s.o. innerhalb der Proteste zum Tragen kommen. So könnten z.B. Demo-Schilder (eine ältere Sammlung auf A3-Format, die weiter zu aktualisieren ist steht u.a. bislang auf :

<http://www.kapheute.de/corona-aktivaeten/> )

oder Megafon-Parolen wie „Kapitalistisches Agrobusiness – der infektiöse Virenherd / Kaputtsparen im Gesundheitswesen – Massenmord unter Pandemie-Verhältnissen ...“ zur Aufklärung und zu einer von Links akzeptablen, politischen Ausrichtung beitragen.

Vielleicht lassen sich **zu solchen Themen Teilnehmer-Blöcke** (mit gemeinsamen Startpunkten ...) **bilden**, die bei weiterem, autonomen Anwachsen **innerhalb der umkämpften Anti-(Corona-)Krisen-Bewegung** die noch vorhandenen Kräfte von Rechtsaußen hinausdrängen, bzw. ev. selbst gestärkt innerhalb einer homogenen und klarer antikapitalistischen

Kräftesammlung auch selbst eine massenfähige, eigenständige Bewegung entwickeln. Und vielleicht können noch anfänglichen, inhaltlich erweiterten Krisen-Protteste unter „**Wer hat, der gibt**“ (Plattform s.u.) die bisherigen Intentionen bei noch vorhandener Offenheit zu rechtsaußen im Falle von Querdenken im eigenständigen Block wie alternativen, eigenen Demos politisch positiv verändern. Ist es nicht so, dass wer nicht um diese politisch in ihrer Entwicklung noch offene Anti-Corona- Bewegung (bisher noch ohne Demo-Hoheit von Rechtsaußen) kämpft, bereits verloren hat ...und muß man sich nicht **fragen lassen, warum die Linke andernfalls den reaktionären Kräften(schon wieder) zentrale Themen überläßt** ? Wird hierüber bei unserer weiteren Kampfabstinenz die momentan noch von innen geschwächte AFD nicht bald wieder - wie bei bereits in der Medien“kritik“ und Migrations“debatte“ - auch bei Beteiligung an den Corona-Leugner-Protessen medial (wie bereits bei der letzten BT-Wahl) wieder als „Protest“partei mit Wählerzuwachs „geadelt“, während ganz im Gegensatz zur Linkspartei diese eben bewußt als „Systempartei“ für oppositionelle Kräfte desavouiert wird(insbesondere auch noch dann offenkundiger, wenn diese Partei mit angedienter „Regierungsfähigkeit“ einiger ihrer führenden Mitglieder, ihre bisher noch bestehenden Friedensstandpunkte über Bord wirft)?

**Parallel** kämen außerhalb dieser noch umkämpften Anti-Corona-Bewegung für uns natürlich **auch andere, mit uns traditionell, solidarische Protest-Bereiche** mit weiter zweifellos zu bewerbenden Aktionen und thematischen Auseinandersetzungen **hinzu**:

Die **Tarifaueinandersetzungen** in Bereichen, die kürzlich selbst offiziell als systemrelevant wie beim **Gesundheitssektor** bezeichnet wurden, zeigen erste positive Wirkungen und sollten auf die zukünftige, gesichertere Vorsorge gegen Pandemien ausgedehnt werden und in der Ausweitung auf zusätzliche Bereiche der Daseinsvorsorge zu weiteren Bündnissen führen.

Ökonomisch sind die **Bereiche von Digitalem Kapitalismus** von - für uns - immer größerer Abhängigkeit geprägt, sodaß in Europa dringend gemeinnützige Alternativen vor allem zu Google und Amazon erforderlich wären. Gerade die weitere Konzentration der europäischen Presse nun auch noch unter Regie der Google-Suchmaschinen-Algorithmen macht die Informationsfindung noch einseitig eingeschränkter als bisher. Auch die Eigenständigkeit und weitere Existenz im Einzelhandel steht gegenüber der erdrückenden Macht von Amazon momentan ebenso im Fokus. So skizziert Werner Rügemer in seinem Buch die „Kapitalisten des 21.Jahrhunderts“ S.149ff die Machtverhältnisse in diesem Sektor und unter dem Titel „Das Netz in unsere Hand“ von Thomas Wagner (s.u. in der Literaturangabe) werden die Probleme zum digitalen Kapitalismus und erste Wege zu Alternativen angeführt und seitens LobbyControl Initiativen zu Google vorbereitet.

**Politische „Tatort“-Fälle wie s.o. bei der Lufthansa** sollten wie das Agieren weiterer Krisenprofiteure stärker skandalisiert werden, wobei den dort betroffenen Beschäftigten unsere Solidarität gehört. „Steuervermeidung“ und die weitere Zahlung von Dividenden und erhöhter Vorstandsgehälter sind unverträglich mit „Hilfs“zahlungen aus steuerfinanzierten Krisenprogrammen.

**Die milliardenschweren Corona- „Hilfs“programme** wären nach Maßnahmen für besonders hilfsbedürftige Krisen-Betroffene zu hinterfragen und könnten mit der Unzulänglichkeit bisheriger Grundversorgung wie der Abkehr von den Hartz-Programmen in Beziehung gesetzt werden. Vermeintlich ökologische Programmbestandteile wie z.B. die hohen Subventionsbeträge für die Wasserstoffstrategie gehören u.a. auf den Prüfstand und könnten Bestandteil weiterer FfF-Aktionen sein.

Das Thema **Corona-Lastenausgleich durch hohe Vermögensabgaben von Top-Vermögenden**(siehe das Papier von Attac-Österreich) sollte zu einer breit angelegten Kampagne werden. Denn aus der krassen Ungleichheit mit Top-Vermögende erwächst deren Suche nach Maximalprofit und aus der Behebung von Anlage“notstand“ bei Vermögenden



folgen ökologische, ökonomische und Finanzkrisen, selbst virale Krisen über die globalen Lieferketten des AgroBusiness sowie Kriege und Bürgerkriege.

Auch der **Anachronismus** weiterer **Rüstungsausgaben, ein egoistischer Nationalismus** mit Sanktionsdrohungen und die Wiederaufnahme einer **Sparpolitik in Bereichen der systemrelevanten Daseinsvorsorge** gerade in Pandemiezeiten wäre plakativ anzuprangern.

Auf der jährlich im Januar stattfindende **bundesweiten Demo „Wir haben es satt“** sollten die Zusammenhänge „Virenherd Agrobusiness. Eine Saat geht auf. Nur eine andere Landwirtschaft hilft gegen Pandemien.“ ins inhaltliche Zentrum rücken.

Dies sind nur einige, ergänzungsbedürftige Bereiche einer Aktionsstrategie, die einer tiefergehenden Diskussion und Konkretisierung bedürfen.

## 8. Literaturgrundlagen:

Thema	Info-Link	Format	von
Zu den Entstehungshintergründen	<a href="https://www.jungewelt.de/artikel/383338.pandemie-und-kapital-t%C3%B6dlicher-kreislauf.html">https://www.jungewelt.de/artikel/383338.pandemie-und-kapital-t%C3%B6dlicher-kreislauf.html</a>	Aus Rob Wallace, Covid-19	Mai 20
Naomi Klein: Das Coronavirus ist die perfekte Katastrophe für den 'Katastrophen-Kapitalismus'	<a href="https://www.attac.de/fileadmin/user_upload/bundesebene/SiG/Naomi_Klein_Katastrophen-Kapitalismus.pdf">https://www.attac.de/fileadmin/user_upload/bundesebene/SiG/Naomi_Klein_Katastrophen-Kapitalismus.pdf</a>	in einem Interview	13. März 2020
Zur Pandemie-Übung „Event 201“ im Oktober 2019	<a href="https://www.nachdenkseiten.de/?p=64984">https://www.nachdenkseiten.de/?p=64984</a>	Paul Schreyer in den Nachdenkseiten	21.09. 2020
Der Klassencharakter der deutschen Politik in der Coronakrise	<a href="https://www.zeitschrift-luxemburg.de/der-klassencharakter-der-deutschen-politik-in-der-coronakrise">https://www.zeitschrift-luxemburg.de/der-klassencharakter-der-deutschen-politik-in-der-coronakrise</a>	Luxemburg	Apr 20
Finanzcrash. Rezession. Pandemie.	<a href="https://www.isw-muenchen.de/produkt/report-121/">https://www.isw-muenchen.de/produkt/report-121/</a>	ISW-Broschüre	22. Mai 20
Der Grosse Lockdown und linke Politik	<a href="https://diefreiheitsliebe.de/politik/der-grosse-lockdown-und-linke-politik-probleme-perspektiven-offene-fragen-Politik">https://diefreiheitsliebe.de/politik/der-grosse-lockdown-und-linke-politik-probleme-perspektiven-offene-fragen-Politik</a>	aus Z. Nr 122	Jun 20
Covid-19 und der Katastrophenkapitalismus	<a href="http://www.zeitschrift-marxistische-erneuerung.de/topic/153.ausgabe-123-september-2020.html">http://www.zeitschrift-marxistische-erneuerung.de/topic/153.ausgabe-123-september-2020.html</a>	aus Z. Nr 123	Sep 20

Corona-Krise, Kapital und Politik in der BRD	<a href="http://www.zeitschrift-marxistische-erneuerung.de/article/3709.corona-krise-kapital-und-politik-in-der-bundesrepublik.html">http://www.zeitschrift-marxistische-erneuerung.de/article/3709.corona-krise-kapital-und-politik-in-der-bundesrepublik.html</a>	aus Z. Nr 123	Sep 20
Das Corona-Virus und die Wirtschaftskrise	<a href="https://www.linksnet.de/index.php/artikel/47938">https://www.linksnet.de/index.php/artikel/47938</a> ">Das Corona-Virus und die Wirtschaftskrise	Jügen Leibiger in Das Blättchen	30.03. 2020
Krisenpolitik für die Grossen	<a href="https://www.jungewelt.de/artikel/380999.monopolbildung-in-der-eu-krisenpolitik-f%C3%BCr-die-gro%C3%9Fen.html?sstr=steffen%7Cstierle">https://www.jungewelt.de/artikel/380999.monopolbildung-in-der-eu-krisenpolitik-f%C3%BCr-die-gro%C3%9Fen.html?sstr=steffen%7Cstierle</a>	JungeWelt	26.06. 2020
Fast 60 Konzerne in Deutschland wollen Staatshilfen	<a href="https://www.jungewelt.de/artikel/380999.monopolbildung-in-der-eu-krisenpolitik-f%C3%BCr-die-gro%C3%9Fen.html?sstr=steffen%7Cstierle">https://www.jungewelt.de/artikel/380999.monopolbildung-in-der-eu-krisenpolitik-f%C3%BCr-die-gro%C3%9Fen.html?sstr=steffen%7Cstierle</a> <a href="https://www.jungewelt.de/artikel/384110.coronakrise-lufthansa-kein-einzelfall.html">https://www.jungewelt.de/artikel/384110.coronakrise-lufthansa-kein-einzelfall.html</a>	JungeWelt	12.08. 2020
Schmierenskandale die Lufthansa-Rettung und die Kapitalisten des 21. Jhts	<a href="https://www.nachdenkseiten.de/?p=62433">https://www.nachdenkseiten.de/?p=62433</a> <a href="https://shop.papyrossa.de/WebRoot/Store23/Shops/26606d05-ee0e-4961-b7af-7c5ca222edb7/MediaGallery/Zusatzmaterial/2018/Ruegger_Kapitalisten_IHV.pdf">https://shop.papyrossa.de/WebRoot/Store23/Shops/26606d05-ee0e-4961-b7af-7c5ca222edb7/MediaGallery/Zusatzmaterial/2018/Ruegger_Kapitalisten_IHV.pdf</a>	Werner Rügemer in den Nachdenkseiten	29. Jun 20
Bundesverfassungsgericht: Verbot einer Demonstration, ein Verstoß gegen das Grundgesetz	<a href="https://www.vorwaerts.de/artikel/verfassungsgericht-unterstreicht-grundrechte-kennen-keine-kontaktverbote">https://www.vorwaerts.de/artikel/verfassungsgericht-unterstreicht-grundrechte-kennen-keine-kontaktverbote</a>	Vorwärts	17. Apr 20
zum Corona-Programm der EU-Kommission	<a href="https://makroskop.eu/2020/06/recovery-plan-notnagel-oder-neue-integrationsdynamik/">https://makroskop.eu/2020/06/recovery-plan-notnagel-oder-neue-integrationsdynamik/</a>	Peter Wahl und Klaus Dräger in Macrooskop	17.06. 2020
Covid-19 - erfreulich undramatische Daten rechtfertigen keine dramatischen Eingriffe	<a href="https://www.nachdenkseiten.de/?p=63898">https://www.nachdenkseiten.de/?p=63898</a>	Jens Berger in den Nachdenkseiten	19.08. 2020
Corona- und die notwendige Debatte um die Impfstoffentwicklung	<a href="https://www.nachdenkseiten.de/?p=63388">https://www.nachdenkseiten.de/?p=63388</a>	Nachdenkseiten	29. Jul 20
Corona - und die Scheuklappen des Antifaschismus	<a href="https://www.nachdenkseiten.de/?p=63429">https://www.nachdenkseiten.de/?p=63429</a>	Rudolph Bauer in den Nachdenkseiten	30. Jul 20

Überlegungen zu einer emanzipatorischen Pandemiebekämpfung	<a href="https://www.zeitschrift-luxemburg.de/gelockert-in-eine-neue-normalitaet-der-krise/">https://www.zeitschrift-luxemburg.de/gelockert-in-eine-neue-normalitaet-der-krise/</a> <a href="https://shop.papyrossa.de/WebRoot/Store23/Shops/26606d05-ee0e-4961-b7af-7c5ca222edb7/MediaGallery/Zusatzmaterial/2020/Butterwegge_Ungleichheit_IHV.pdf">https://shop.papyrossa.de/WebRoot/Store23/Shops/26606d05-ee0e-4961-b7af-7c5ca222edb7/MediaGallery/Zusatzmaterial/2020/Butterwegge_Ungleichheit_IHV.pdf</a>	Ch.Butterwegge in Luxemburg + seinem neuem Buch	Aug 20
Die Pandemie und das Weltsystem	<a href="https://www.attac.de/fileadmin/user_upload/bundesebene/SiG/Ramonet - Die Pandemie und das Weltsystem.pdf">https://www.attac.de/fileadmin/user_upload/bundesebene/SiG/Ramonet - Die Pandemie und das Weltsystem.pdf</a>		2019/2020
Folgen des "Krieg gegen den Terror"	<a href="https://deutsch.rt.com/nordamerika/94692-us-gefuehrter-krieg-gegen-terror/">https://deutsch.rt.com/nordamerika/94692-us-gefuehrter-krieg-gegen-terror/</a>		11/2019
Verlierer und Gewinner in der Corona-Krise	<a href="https://www.zeitschrift-luxemburg.de/die-schere-oeffnet-sich-weiter/">https://www.zeitschrift-luxemburg.de/die-schere-oeffnet-sich-weiter/</a>	rosalux	2020
Chinas ökonomischer Neustart nach Corona-Krise	<a href="https://www.isw-muenchen.de/2020/07/china-gelingt-neustart-der-wirtschaft-westen-weiter-im-corona-krise-chaos/">https://www.isw-muenchen.de/2020/07/china-gelingt-neustart-der-wirtschaft-westen-weiter-im-corona-krise-chaos/</a>	ISW-Analyse	27. Jul 20
Corona und die Lobbyarbeit der Digitalkonzerne	<a href="https://www.lobbycontrol.de/2020/04/lobby-news-spezial-corona-und-die-lobbyarbeit-der-digitalkonzerne/?pk_campaign=20200508&amp;pk_source=nl">https://www.lobbycontrol.de/2020/04/lobby-news-spezial-corona-und-die-lobbyarbeit-der-digitalkonzerne/?pk_campaign=20200508&amp;pk_source=nl</a> <a href="https://www.lobbycontrol.de/tag/google/">https://www.lobbycontrol.de/tag/google/</a>	von LobbyControl	30.04.2020
Das Netz in unsere Hand	<a href="http://www.papyrossa.de/inhalte_pdf/Wagner_Netz_ihv.pdf">http://www.papyrossa.de/inhalte_pdf/Wagner_Netz_ihv.pdf</a>	Buch von Thomas Wagner	2017
Die Pandemie-Profitere , die via Entschädigungsklagen durch Anwaltskanzleien profitieren	<a href="https://www.ipg-journal.de/regionen/global/artikel/detail/die-pandemie-profiteure-4454/">https://www.ipg-journal.de/regionen/global/artikel/detail/die-pandemie-profiteure-4454/</a>	Pia Eberhardt im IPG-Journal	23.06.2020
Aktionär*innen von Großunternehmen profitieren von der Pandemie	<a href="https://www.oxfam.de/presse/pressemitteilungen/2020-09-10-oxfam-bericht-konzerne-paepeln-aktionaere-statt-zukunft">https://www.oxfam.de/presse/pressemitteilungen/2020-09-10-oxfam-bericht-konzerne-paepeln-aktionaere-statt-zukunft</a>	OXFAM-Studie	10.9.2020
Alternative Finanzierung der Krisenprogramme: u.a. mittels Lastenausgleich aus Top-Vermögen	<a href="https://www.attac.at/fileadmin/user_upload/dateien/kampagnen/Corona/Lastenausgleich_online.pdf">https://www.attac.at/fileadmin/user_upload/dateien/kampagnen/Corona/Lastenausgleich_online.pdf</a>	von Attac Österreich	Apr 20

Neoliberale Hinrichtung des Gesundheitswesens	<a href="https://www.freitag.de/autoren/dklose/neoliberale-perversion-des-gesundheitswesens">https://www.freitag.de/autoren/dklose/neoliberale-perversion-des-gesundheitswesens</a>	Im Freitag - Coronavirus-Blog	28.02.2020
Corona - Verlierer : im Homeoffice	<a href="https://publik.verdi.de/ausgabe-202004/homeoffice-f%C3%BCr-immer/">https://publik.verdi.de/ausgabe-202004/homeoffice-f%C3%BCr-immer/</a>	Aus Verdi-Mitgliederzeitung Publik	21.06.2020
Mehr Angst der Deutschen vor Trump und den Lockdown-Folgen als vor Corona	<a href="https://www.ruv.de/presse/pressemitteilungen/20200910-presseinfo-aengstestudie-2020">https://www.ruv.de/presse/pressemitteilungen/20200910-presseinfo-aengstestudie-2020</a>	R+V-Langzeitstudie „Die Ängste der Deutschen“	10.09.2020
Homeoffice: Vom Traum zum Alptraum?	ISW-Wirtschaftsinfo 56		Feb. 2020
Corona-Konjunkturpaket mit "Investitionen" für Rüstungsforschung	<a href="http://www.imi-online.de/2020/07/02/ein-diskreter-dammbruch-der-ruestungsforschung/">http://www.imi-online.de/2020/07/02/ein-diskreter-dammbruch-der-ruestungsforschung/</a>	Christoph Marischka unter IMI-Online	02.07.2020
Corona-Demos: Widerspruch wird pauschal verteufelt	<a href="https://www.nachdenkseiten.de/?p=63529">https://www.nachdenkseiten.de/?p=63529</a>	Aus den Nachdenkseiten	03.08.2020
Corona-Krisen-Protest „Wer hat, der gibt“	<a href="https://werhatdergibt.org/">https://werhatdergibt.org/</a>	Plattform hierzu	Sept. 2020